Nr. 35. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfg. Postbezug: Monatlich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen 50 Pfg., politische u. gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 40 Pfg die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 4. Februar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Selbstausschaltung des Reichstags.

Zur Antwort auf seinen Antrag, den Reichstag sofort einzuberufen, hat der sozialdemokratische Fraktionsvorstand vom Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf folgende Mitteilung erhalten:

Ueber Ihren Antrag auf Einberufung des Reichstags habe ich die Herren Vorsitzenden des Zentrums, der Nationalliberalen Fraktion, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Deutschkonservativen und der Deutschen Fraktion befragt. Sämtliche Herren haben sich gegen Ihren Antrag ausgesprochen. Ich nehme daher von seiner Einberufung Abstand.

Die Gründe dieser ablehnenden Haltung der einzelnen Fraktionsvorsitzenden werden im Schreiben des Präsidenten nicht näher angegeben, das ist aber auch nicht notwendig, denn man kennt sie ja aus der Presse. Man befürchtet, daß „Reden zum Fenster hinaus" gehalten werden könnten, deren Wirkung schädlich wäre. Nun besteht freilich das Wesen des Parlaments — so haben wirs wenigstens in Friedenszeiten gelernt — aus freier Rede und Gegenrede. Schädliche Wirkungen werden nicht vermieden, indem man den andern schweigen heißt, sondern indem man ihnen antwortet. Durch die Verweigerung einer freien Aussprache gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem doch soviel zu sagen ist, greifen die bürgerlichen Parteien das Prinzip des Parlaments selbst an.

Da wird die Sozialdemokratie von wohlmeinenden Ratgebern in der bürgerlichen Presse ängstlich davor gewarnt, sich in die Isolierung zu begeben. Als ob es ein unter allen Umständen erstrebenswertes Ziel wäre, sich in der Gesellschaft der bürgerlichen Parteien zu befinden! Nein — so wenig wir grundsätzlich ein Zusammenarbeiten ablehnen, wo dieses möglich ist, mitunter ist es geradezu eine Wohltat, allein zu sein. Wir sind sehr froh, daß sich die sozialdemokratische Partei in einer Lage befindet, in der sie eine vollkommen freie Aussprache nicht nur nicht scheut, sondern sie geradezu herbeisehnt. Nicht zu beneiden sind aber die Parteien, die regelmäßig in kritischen Augenblicken, in denen das Volk nach seiner Vertretung ruft, sich dahin entscheiden, es sei besser, zu Hause zu bleiben und den Mund zu halten. Man könnte alles dies ein bürgerliches Trauerspiel nennen, aber wenn man auch den Intriganten sieht, so fragt man sich, wo bleibt der Held?

Es besteht nun, wie wir hören, der Plan, die nächste Sitzung des Reichstags, die für den 19. Februar geplant war, noch weiter hinauszuschieben! Und wenn nicht der Etat wäre, wer weiß, wann wir das Vergnügen hätten, die Herren wieder in Berlin begrüßen zu können. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und das Arbeitskammergesetz, zwei Entwürfe, die schon vor Weihnachten eingebracht werden sollten, können natürlich warten. Dafür kündigt die „Nordd. Allg. Ztg." in sinnig verklausulierter Form eine ganz andere Ueberraschung an. Sie schreibt:

„Kurz nach Kriegsbeginn streikten die Arbeiter in den Londoner, in den Maschinenfabriken von Southampton, am Clyde und anderswo. Auch bei ihnen verfingen die Mahnungen der Regierung nicht. Die Regierung brachte deshalb ihr Munitionsgesetz ein, das alle Arbeiter und alle Fabriken unter Staatsaufsicht stellte. Damit sollte die Beschaffung von großen Munitionsvorräten sichergestellt werden, deren angebliches Fehlen den Sieg über die Deutschen bisher versäumt habe. Das Unterhaus nahm damals das Gesetz gleich in allen drei Lesungen an; daß auch der Deutsche Reichstag nach den Erfahrungen dieser Woche für eine derartige Maßregel Verständnis aufbrächte, sollte auch den Parteien nicht verborgen sein, die jetzt dringend danach verlangen, daß das Parlament zusammentritt. Wenn die Sozialdemokraten meinen, die Zeit sei günstig, um lange Reden zu halten und politische Forderungen zu vertreten, so könnten sich vielleicht die anderen Parteien zu einer Tat entscheiden, die den Eindruck der Vorkommnisse der letzten Woche verwischen könnte."

Die „Nordd. Allg. Ztg." täuscht sich, wenn sie erwartet, daß von einem solchen Spiel mit gesetzgeberischen Möglichkeiten eine einschüchternde Wirkung ausgehen könnte. Die Wirkung wird eine ganz andere sein: die Rechte wird nämlich nach dem ihr zugeworfenen Köder gierig schnappen, denn eine bessere Gelegenheit für sie kann es ja gar nicht geben, sie sieht jetzt ihre höchsten Träume der Erfüllung entgegenreifen.

So stehen augenblicklich die Dinge. Für die Sozialdemokratie aber heißt es: Der alte Kurs wird weiter gesteuert. Sie lehnt es ab, für Dummheiten verantwortlich gemacht zu werden, die sie nicht verhindern kann und für die Folgen, die diesen Dummheiten notwendigerweise entspringen. Einstweilen hofft sie, daß nach der Ueberwindung der ersten psychologischen Einwirkungen doch langsam wieder die Vernunft zu Worte kommen wird.

•

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt morgen, Dienstag, 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Czernin und Kühlmann in Berlin.

Aus Brest-Litowsk meldet W. T. B. vom Sonntag, daß Graf Czernin und Herr v. Kühlmann zu kurzem Aufenthalt nach Berlin abgereist sind.

Da auch der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, in Berlin eingetroffen ist, kann man annehmen, daß es sich um nicht unwichtige Besprechungen handelt, die am Ende auch den Reichstag interessieren könnten.

Aber richtig, der Reichstag hat sich ins Bett gelegt und die Decke über den Kopf gezogen. Er will nichts hören, nichts sehen und am wenigsten selber etwas sagen. Und so wird er wenigstens dem Vorwurf entgehen, daß er sich der Diplomatie irgendwie unangenehm bemerkbar gemacht habe.

Warum wurde nicht verhandelt?

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zum Streik.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Artikel „Zum Streik", worin mit dem Gedanken eines neuen Gesetzes gegen die Arbeiter in bedenklicher Weise gespielt wird. Wir behandeln diese ernste Frage an anderer Stelle. Aber auch sonst gibt der Artikel zu lebhaftem Widerspruch Anlaß.

Wenn darin die Sozialdemokratie ermahnt wird, „nicht in ihre alten Sünden zurückzufallen", so weisen wir diese anmaßende Warnung mit der größten Entschiedenheit zurück. Die Sozialdemokratie ist sich keiner Sünden, weder alter noch neuer, bewußt, und sie sieht mit besonderem Stolz gerade auf jene Kapitel ihrer Geschichte zurück, die nach offiziöser Auffassung wohl als die schwärzesten erscheinen mögen.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt ferner, der „Vorwärts" sei im Unrecht, wenn er sage, „der Streik habe unsere nationale Widerstandskraft nicht lähmen wollen und habe sie nicht gelähmt". In Wirklichkeit hat der „Vorwärts" ausgeführt, daß die streikenden Arbeiter keine Schädigung der Landesverteidigung wollten, was zweifellos richtig ist, und daß kein Schaden einzutreten brauche, wenn die Regierung eine zur Verständigung neigende Haltung einnehme, was gleichfalls zutrifft.

Tatsächlich hat der Streik länger gedauert als er dauern mußte. Wenn aber die „Nordd. Allg. Ztg." befürchtet, daß die Soldaten draußen für die verlorene Woche bluten müßten, so halten wir diese Befürchtung für grundlos. Jedenfalls konnte man während des Streiks unzählige Male von Munitionsarbeitern die Ansicht vertreten hören, daß nach dem langen Winter, in dem sehr fleißig gearbeitet wurde, durch den Produktionsausfall einiger Tage ein Notstand nicht entstehen könne. Es entspricht vielleicht innerpolitischen Absichten, ist aber sonst wenig nützlich, wenn man die Welt glauben machen will, die nationale Widerstandskraft habe durch den Produktionsausfall beträchtlichen Schaden erlitten. Das ist in Wirklichkeit keineswegs der Fall.

Die „Nordd. Allg. Ztg." behandelt dann die Beziehungen zwischen Streik und Wahlreform in folgender Weise:

Jedenfalls sind die Versuche, diesen Streik auf der Straße und im Parlament als Druckmittel für die Reform des Wahlrechts zu benutzen, ebenso abzulehnen, wie die Versuche, ihn als Beweisstück gegen die Notwendigkeit einer Reformpolitik auszubeuten. **Der Gedanke des gleichen Wahlrechts für Preußen marschiert.** Es ist Zufall, daß gerade in dieser Woche eine große Anzahl angesehener nationalliberaler Politiker Preußens in einer Kundgebung von ihrer Landtagsfraktion das Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht verlangt haben; aber es ist auch wiederum kein Zufall, daß diese Stimmen aus einer Partei sich mehren, in der die Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht lange die Oberhand gehabt haben. Die Gleichberechtigung der Bürger, die erstrebt wird, setzt natürlich vor allem die gern geübte Erfüllung gleicher vaterländischer Pflichten voraus. Wenn sich ein Teil des Volkes seiner Verantwortung entzieht, dann wachsen jene Bedenken wieder, die im Schwinden zu sein schienen.

Aus diesem Einerseits — Andererseits glauben wir entnehmen zu dürfen, daß sich die Regierung der Rolle, welche die Wahlrechtsbewegung beim Ausbruch der Bewegung gespielt hat, bewußt ist. Hier wäre eine passende Gelegenheit gewesen, ein Wort gegen die Wahlrechtsverschlepper zu verlieren, die, ebenso wie die Vaterlandspartei, an der Entstehung einer gereizten Stimmung ein großes Stück Schuld tragen. Aber ein solches Wort fehlt.

Das offiziöse Blatt geht zum Schluß, und dies ist der interessanteste Teil seiner Ausführungen, auf die Frage ein, warum anderwärts mit bestem Erfolg verhandelt wurde, warum aber nicht in Berlin. Dazu sagt es:

Regierung und Militärverwaltung sind von ihrem Standpunkt nicht um Haaresbreite abgewichen, daß an ein Verhandeln mit den Streikenden nicht zu denken sei, da es die Anerkennung eines Zustandes bedeutet, der verbrecherisch in seinen Ursprüngen und verderblich in seinen Folgen ist. Das „Berliner Tageblatt" macht gegen die ablehnende Haltung der Reichsregierung gegenüber Vertrauensmännern der Streikenden geltend, **daß die Behörden in einer Reihe von Städten sich an Verhandlungen mit den Streikenden beteiligt hätten.** Es ist aber doch ein erheblicher Unterschied darin, ob eine lokale Behörde durch Verhandlungen sich bestrebt, einem lokalen Streik ein Ende zu machen, oder ob der obersten Reichsbehörde zugemutet wird, mit einer lokalen Streikgruppe über politische Lebensfragen des ganzen Volkes zu verhandeln. In diesem Punkte werden Zugeständnisse nicht gemacht. Im übrigen verschließt die Regierung nicht die Türe und gibt hinreichende Gelegenheit zur Verhandlung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." hat vollkommen recht, wenn sie sagt, daß die Militärverwaltung von ihrem Standpunkt nicht um Haaresbreite abgewichen ist. Etwas anders steht es aber mit der Regierung.

Es ist nicht richtig, daß die Regierung an ein Verhandeln mit der Streikleitung nicht gedacht hat. Richtig ist vielmehr, daß schon Herr Wallraf bereit war, mit jenen Mitgliedern der Streikleitung zu verhandeln, die ein Reichstagsmandat besitzen. Wenn er sagt, er hätte sie nur als Abgeordnete empfangen wollen, nicht aber als Vertreter der Streikenden, so ist das weiter nichts als ein Versteckspiel.

Dieses Versteckspiel wurde dann beim Reichskanzler weiter fortgesetzt. Der Reichskanzler war bereit, auch nichtparlamentarische Mitglieder der Streikleitung zu empfangen, nur sollten diese als „Gewerkschaftsvertreter" eingeführt werden. Unter allerlei Vermummungen sollte sich die vom Oberkommando verbotene Streikleitung in der Wilhelmstraße wieder zusammenfinden. Man wollte schon mit ihr verhandeln, man wollte nur die Welt nicht merken lassen, daß man mit ihr verhandelt hatte.

Der Plan war so fein zugespitzt, daß die Spitze brach, und nach allerhand Rettungsversuchen stand man vor dem Nichts. Dann soll man aber heute auch nicht sagen, daß die Regierung nicht um Haaresbreite von ihrem Standpunkt abgewichen sei. Das mag nach ihrer subjektiven Ueberzeugung zutreffen. Nach außen hin ist aber etwas wie ein fester Standpunkt der Regierung überhaupt nicht erkennbar.

Vollkommen recht hat die „Nordd. Allg. Ztg." dagegen, wenn sie meint, die zentralen Behörden in Berlin könnten nicht so handeln wie die lokalen im Reiche. Das merkt man ohnehin. Hertling ist in Berlin ein anderer als in München. Wallraf in Berlin ein anderer als in Köln, Payer in Berlin ein anderer als in Stuttgart, was selbst das „Berliner Tageblatt" kopfschüttelnd bemerkt. Die „Nordd. Allg. Ztg." meint freilich, daß es die hohe Würde sei, welche die Herren hindere, in Berlin ebenso zu denken und zu handeln wie außerhalb Berlins. Ach nein, es ist etwas ganz anderes — — und wir unterhalten uns vielleicht einandermal darüber!

•

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

„Man kann eine Arbeiterbewegung wie diese ersticken, aber nicht nur darauf allein kommt es an, sondern auch darauf, die Arbeiter arbeitsfreudig im Dienste der Allgemeinheit zu erhalten. Wir fürchten, daß die wenig geradlinige Politik der Regierung ihre parlamentarische Basis verengen, eine Radikalisierung nicht nur der sozialdemokratischen Mehrheit, sondern auch der freien Gewerkschaften zur Folge haben und letzten Endes auch auf lange Zeit einen Stachel in der gesamten Arbeiterschaft zurücklassen wird. **Es ist schmerzlich, solche Besorgnisse gerade nach dem Debüt des Herrn v. Payer in seinem Amte aussprechen zu müssen.**"

Wo man den Streik in geregelten Bahnen läßt.

München, 2. Februar. (W. T. B.) In der Kammer der Abgeordneten hat heute Abgeordneter Schmid-München (Soz.) mitgeteilt, die sozialdemokratische Parteileitung werde darauf hinwirken, daß am Montag die Arbeit in den Betrieben wieder aufgenommen werde. Auf die Bemerkung der Abgeordneten Pickelmann (Soz.) und Löweneck (Lib.), daß im Münchener Polizeibericht über die Verhaftung von Münchener Streikführern auch auf die jüdische Abstammung einzelner Verhafteter hingewiesen worden sei, erklärte Minister des Innern von Brettreich, daß diese Veröffentlichung von Personalien erfolgt sei, damit die Allgemeinheit erfahre, woher jene Personen gekommen seien. Nicht Einheimische, sondern Fremde hätten den Streik in München geschürt; **eine antisemitische Absicht habe nicht in der Veröffentlichung der Polizei gelegen.**

Der bayerische Ministerpräsident H. Dandl hatte bekanntlich der Ausstandsbewegung gegenüber eine vermittelnde Haltung eingenommen; er hatte der Sozialdemokratie ausdrücklich dafür gedankt, daß sie die Bewegung nicht wild verlaufen ließ, sondern die Führung in die Hand genommen hatte. Infolgedessen ist nun auch in München ein geregelter Abbruch der Bewegung möglich; der Streik hat dort nur wenige Tage gedauert.

Die „Morgenpost" über den Stern von Bethlehem, Solidarität, Raub und Diebstahl.

Aus der „Morgenpost" vom letzten Sonntag:

„Was die Solidarität für die Arbeiterschaft bedeutet, darüber wird uns niemand belehren wollen, der die „Berliner Morgenpost" und ihr sozialpolitisches Wirken kennt. Denn er weiß, daß wir immer die Anschauung vertreten haben, die Solidaritätsidee müsse über den Häuptern der Arbeiter schweben, wie der Stern von Bethlehem über den Häuptern der Heiligen drei Könige aus dem Morgenlande geschwebt hat.

Aber weil wir die Solidaritätsidee so bewerten, wie wir es tun, eben darum wollen wir sie nicht hinabgezogen sehen in jene Niederungen. . . .

Eine Solidarität im Treubruch darf es nicht geben, es darf keine Solidarität geben in einem Handeln, das auf die Schädigung des Volkes und des Vaterlandes hinausläuft, so wenig wie es eine Solidarität beim Raub und beim Diebstahl geben darf."

Sächsisches.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens und je ein Parteivertreter aus Leipzig, Chemnitz und Zwickau sprachen beim sächsischen Ministerium des Innern vor, um eine Besprechung über die gegenwärtige kritische Lage herbeizuführen. Der Landesvorsitzende, Genosse Sindermann, bezeichnet in der Aussprache als Ursache des Streiks die unklare Haltung der Reichsregierung zur Friedensfrage, die Ernährungsnot und die Verschleppung der Wahlrechtsfrage. Dazu komme, daß das Volk durch das Treiben der Vaterlandspartei erbittert worden sei, weil durch deren Annexionsbestrebungen der Krieg verlängert werde. Die Regierung möge ihr Möglichstes tun, durch Entgegenkommen ein weiteres Umsichgreifen des Streiks zu verhüten.

Darauf gab der Minister des Innern folgende Erklärung ab:

Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei in der Kriegszeit sei anerkennenswert. Die Regierung sei sich des Ernstes der jetzigen Lage voll bewußt. Gerade deshalb aber sei es unmöglich, gegenwärtig Zugeständnisse zu machen. Die Reichsregierung habe sich klipp und klar für einen Frieden der Verständigung ausgesprochen. Da würde jede Bewegung, die der auswärtigen Politik in den Rücken fällt, den Krieg und die Leiden des Volkes verlängern. Die Bewegung sei durch Agenten des Auslandes angezettelt, um unser Heer zu schwächen. Wer diese Bewegung unterstützt, würde Verrat begehen. Ein Entgegenkommen der Regierung, das unter solchen Umständen möglich wäre, könne gerade unter den jetzigen Verhältnissen nicht in Frage kommen. Die Regierung habe die Kraft und den Willen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Regierung ersuchte die Sozialdemokratische Partei, sie zu unterstützen.

Die Arbeiterschaft der Entente zur Frage der Kriegsfortsetzung.

Rotterdam, 2. Februar. „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel: Die organisierten Arbeiter haben sich überall dahin geeinigt, den Krieg nur dann fortzusetzen, wenn sie der Ueberzeugung sind, daß es sich um einen notwendigen Verteidigungskrieg handelt.

Die Arbeiter der Alliierten werden nach ihrem Kongreß am 20. Februar, wenn dort Einstimmigkeit erzielt wird, die Freiheit zur Abhaltung internationaler Konferenzen verlangen. Der Erfolg dieser letzteren wird davon abhängen, ob sich alle Parteien an dem einfachen allgemein anerkannten Grundsatz, der überall die Zustimmung der Arbeiter finden wird, anschließen werden. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn von allen Seiten etwas geopfert wird.

Man wird von England und Deutschland verlangen, einige besetzte Gebiete aufzugeben und von Frankreich, daß es zustimme, daß sein großes Problem auf die Weise entschieden werde, die bisher nur von den französischen Minderheitssozialisten akzeptiert wurde. Jede Nation muß etwas von ihrem Wunsch und ihrem Stolz preisgeben.

Die französischen Minderheitssozialisten haben bekanntlich gefordert, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen durch Volksabstimmung über die Zukunft ihres Gebietes entscheide.

Vielfache Artilleriekämpfe im Westen. — Erkundungsgefechte. — Lebhafter Feuerkampf bei Asiago.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. Februar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Houthoulster Walde und der Lys zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Bei Monchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Am Oise—Aisne-Kanal fielen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Längs der Ailette, im Abschnitt von Reims, auf den Maashöhen und am Hartmannsweiler Kopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ostufer der Maas und nördlich von Badonviller einige Franzosen zurück.

Italienische Front.

Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 3. Februar 1918, abends.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, amtlich, 3. Februar 1918.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hielt die lebhafte Artillerietätigkeit an.

W.T.B. und der gefälschte Trotzki-Ausspruch

Zu der Anfrage nach dem Ursprung des Telegramms, das Trotzkis Aeußerung über die Geneigtheit zum Sonderfrieden ins Gegenteil umgefälscht verbreitete, stellt Wolffs Telegraphen-Bureau fest, daß das betreffende Telegramm mit der Telegramm-Adresse und Unterschrift der Petersburger Telegraphen-Agentur — unterzeichnet „Westnik" — nach Stockholm eingelaufen und vom dortigen Haupttelegraphenamt an sein Bureau weitergegeben sei. Hinterdrein erfährt W. T. B. dann noch aus Stockholm, daß der auf Schädigung der Friedensarbeit angeregte Sonderfriedenssatz genau in demselben Wortlaute wie er von Wolff veröffentlicht wurde, auch dem Svenska Telegrambyran in Stockholm aus Petersburg zugegangen und von ihm gleichlautend veröffentlicht worden ist.

W. T. B. äußert: „Wenn eine Fälschung vorliegt, könne es nicht zweifelhaft sein, wo die Fälschung begangen worden ist." Die Frage sei lediglich, „wie die Berichte der Petersburger Telegraphen-Agentur zustandekommen und ob vielleicht jemand in der Lage ist, ihren Namen zu mißbrauchen". Es wird freilich nicht leicht sein, einen „Jemand" dieser weltgemeingefährlich politisierenden Sorte auszuspüren und festzunageln.

W. T. B. bemerkt noch: „Wir unsererseits stehen der Berichterstattung der P. T. A. schon seit geraumer Zeit mit starken Zweifeln gegenüber." In der Tat? Dann bliebe nur zu wünschen, daß W. T. B. auch redaktionell von dieser Zweifelneigung Nutzen ziehen möge. Bei dem Telegramm mit dem angeblichen Trotzki-Ausspruch gegen Sonderfrieden war davon nichts zu spüren. W. T. B. brachte es willig in Umlauf, obwohl der Inhalt geradezu anrüchig verdächtig scheinen mußte.

•

Was Trotzki in seiner Rede vor dem Sowjetkongreß gesagt hat, war nach der Meldung von Londoner Blättern, die wir am Sonnabend nach holländischer Quelle wiedergaben, eine ausdrückliche Weigerung, ein Versprechen gegen einen Sonderfrieden abzugeben. Es ist ganz interessant zu sehen, in welcher Weise eine große Telegraphenagentur wie Havas den Inhalt einer solchen Meldung mit den Kunstgriffen tendenziöser Redaktion zusammenfaßt. Nach einer Havas-Meldung vom 31. Januar sollten die Londoner Blätter folgendes vom 27. Januar datierte Petersburger Telegramm veröffentlicht haben:

Trotzki redet vor dem Sowjetkongreß zwei Stunden lang über die Friedensbedingungen. Er machte die Alliierten verantwortlich für die harten Bedingungen Deutschlands, die er als unannehmbar bezeichnete. Noch wisse er nicht, wie die Verhandlungen weiter verlaufen würden. Jedenfalls aber kehre er nach Brest-Litowsk zurück mit der Ueberzeugung, daß Rußland in diesen imperialistischen Krieg, den es nicht wieder aufnehmen werde, hineingerissen wurde, und mit der Gewißheit, daß er sich weigern werde, den Frieden zu den Bedingungen Deutschlands zu unterzeichnen. Bei diesen letzten Worten äußerte die Versammlung in enthusiastischer Weise ihren Beifall.

Auch dieser Havas-Auszug fälscht also offenbar die Trotzki-Rede. Denn alles, was Trotzki nach den Londoner Blättern über seine Stellung zum Sonderfrieden gesagt hat (z. B. „daß Rußland vielleicht nichts anderes übrig bleiben werde, als dennoch einen Sonderfrieden zu schließen", also trotz der harten Vorschläge Deutschlands), alles das ist nicht nur von Havas unterschlagen, sondern noch obendrein sinnwidrig umredigiert mitgeteilt worden. So wie es eben den Wünschen der Kriegstreiber in Frankreich zur Stimmungsmache helfen kann.

Aus den Aeußerungen von W. T. B. ergibt sich, daß dieses deutsche Bureau einen Bericht über die ganze Rede Trotzkis erhielt, aber nur dessen Schluß mitteilte. Zur Kennzeichnung der unlauteren Quelle, aus der die Falschmeldung kam, könnte vielleicht die Wiedergabe des ganzen Berichtes einiges beizutragen haben.

Ruhig verlaufene Bewegung in Triest.

Man hat mit den Ausständigen verhandelt.

Triest, 2. Februar. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Korresp.-Bureaus.) Die Werftarbeiter sowie die Arbeiter der größeren Fabriken sind in den Ausstand getreten. Später schlossen sich auch andere Arbeiterkategorien, darunter die Setzer, an. Eine Arbeiterabordnung übermittelte dem Statthalter die Wünsche der Arbeiterschaft, namentlich bezüglich des Friedens und der Verpflegung. Auf Grund der Antwort des Statthalters, der insbesondere auf die Erklärung Czernins hinwies, beschloß eine Vertrauensmännerversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit, die heute erfolgte. Die Bewegung verlief in vollster Ruhe ohne Zwischenfall.

Residenztheater: „Der junge Zar".

Schauspiel von Gabrhele Zagolska.

Vielleicht hatte man kalkuliert, daß heute, nach der endgültigen Abrechnung der Geschichte mit dem Zarentum unseligen Angedenkens, der Name Zar im Titel eines Stückes, allerhand Erwartungen erregend, ein aktuelles Zugmittel abgeben könne, — sonst wäre die Aufführung vollends unbegreiflich. Während in der vom Residenztheater vorher gespielten „Warschauer Zitadelle" der vielgelesenen polnischen Romanschriftstellerin ein ausgeprägter Sinn für szenisch Spannendes und eine freiheitlich gegen russische Beamtenwillkür gerichtete Tendenz sich kundtat, verbindet sich hier glatteste Sentimentalität mit überraschender technischer Hilflosigkeit. Der junge Zar hat keine andere Aufgabe, als durch sein Beispiel der verehrten Hörerschaft in dem Geschmack ältester Familienblattrezepte zu Gemüt zu führen, daß Macht und Glanz, wenn wahre Liebe fehlt, den Menschen doch nicht glücklich mache. Die Angabe auf dem Theaterzettel, daß die Geschichte im Jahre 1882 am Zarenhofe spielt, daß also — muß der Leser folgern — die Szenen einer damals am Hof passierten Skandalgeschichte nachgebildet seien, soll wohl beim Defizit an künstlerischem Interesse pikante Erinnerungen an Anekdotisches zu Hilfe rufen; eine Rechnung, die aber bei der bedauerlichen Unbekanntschaft eines deutschen Publikums mit der zaristischen Familienchronik ohne den Wirt gemacht war.

Der würdige Hausminister, der's für bedenklich hält, daß der als Weiberfeind verschriene Kronprinz, den sein todkranker Vater vor dem Verscheiden noch verheiraten möchte, ohne alle Vorkenntnisse in den Stand der heiligen Ehe trete, hofft, dessen blasierte Sprödigkeit durch die Vorführung eines Tscherkessenmädchens aus der kaiserlichen Oper zu besiegen. Und in der Tat, der junge Mann verspürt ein Rühren. Die Proben erstaunlicher Naivität, die das Mädchen in Ueberfülle ablegt, entwaffnen seinen Zorn. Sie avanciert zur richtigen Maitresse und beide strahlen in dem Glanze einer reinen Liebe; bis dann im letzten Akt (in dem das Ungeschick der angestrebten tragischen Effekte lebhaften Heiterkeitsausbruch hervorrief) aus heiterem Himmel die vorher einmal erwähnte hohe Braut herbeigereist kommt, der alte Zar stirbt und der vieledle Prinz, der, um sein Liebchen zu behalten, eben noch abdanken wollte, nach einem Tränenausbruch die offizielle Bräutigamsrolle antritt. Auch die helle Stimme und muntere Frische des Fräulein Somarty in der Mädchenfigur vermochte den Eindruck peinlicher Unnatur nur hier und da etwas zu mildern. dt.

Deutsches Opernhaus: „Die Hugenotten".

Jede Kunstepoche hat ihr Gesicht; also auch die „Große Oper". Und diese hinwiederum konnte recht eigentlich nur auf dem Boden Frankreichs erblühen. Am Ruhm, sie ins Werk gesetzt und weiter entwickelt zu haben, sind mit Franzosen freilich auch Komponisten anderer Nationalität beteiligt. Das lag im Wesen dieser Gattung: es trug ein historisches Gewand. Sehr zum Unterschied vom mythischen Kostüm der gleichfalls „großen" italienischen Oper, wie sie noch zu Glucks und Mozarts Jungmannsjahren modisch waren. Während des 60jährigen Revolutionszeitalters zwischen 1789 bis 1848 bildet ja das historische Moment in der Kunst und Literatur aller west- und südeuropäischen Nationen ein erstaunliches Charakteristikum. Was Wunder also, daß die französischen Operntextdichter vornehmlich kontrastreiche Episoden aus der Geschichte Frankreichs, aber auch anderer Länder zu effektvollen Bühnenhandlungen ausbauten. So dichtete denn Scribe, der vielbeschäftigte Allerweltslibrettist, seine „Hugenotten" für Jakob Meyerbeer, den gebürtigen Berliner. Meyerbeer, von Heinrich Heine spöttisch „Beerenmeyer" genannt, kam von Rossini, dem genialen Urheber der seichten, doch prickelnd unterhaltenden Melodie her; er huldigte, wie dieser, einzig dem Geschmack eines großen internationalen Publikums — allerdings von künstlerischer Intelligenz. So komponierte er „Weltgeschichte" mit fabelhafter Fähigkeit der Anpassung an des jeweiligen Zeit- und Menschenalters. Alles in dieser Musik ist auf den mit höchster kunsttechnischer Raffiniertheit gegebenen Effekt gesteigert: — die sinnliche koloraturistische Arie, der Chor, die Instrumentation, wobei, stets im peinlich richtig berechneten Augenblick, das Blech im Orchesterpart eine äußerlich knallige Sprache redet. In solchem Sinne ist Meyerbeer als der größte Meisterschöpfer des „historischen" Kolorits anzusprechen — wenngleich eines auf Kosten der Wahrheit prunkenden Tongewandes.

Indessen trägt doch einiges in diesem Werke, mit dem Meyerbeer gerade für die „Große Oper" den höchsten Stand gewann, die Signatur allergewaltigster Kunst-Offenbarung. Dahin gehören zwar nicht die ganze schmerzliche Liebesszene im vierten Akt, aber doch einzelne wunderbar tiefe Züge darin, zumal die aus wirklicher dichterischer Situation ins Gemüt greifende Melodie in Ges-Dur. Dies wenige, selbst wenn noch einige Stücke, etwa der Schwertermarsch, hinzugenommen werden, reicht indes nicht aus, um über die Verfogenheit und Abgeborgtheit der Musik im ganzen hinwegzutrösten. Worauf es Meyerbeer, nebst seinen Vorbildern und Mitläufern hauptsächlich ankam, zeigt der dritte Akt: Volksaufläufe, Ballettfeerien, Raufhändel, katholische Kirchenprozession, Duelle usw. — also effektreichste Augenweide mit zum Teil spektakelhaft instrumentierter Musik. Immer nur Wirkung ohne Grad und Zweck. Man begreift, warum ein Revolutionär — Richard Wagner — kommen mußte, um mit all dem Wust aufzuräumen.

Die den „Hugenotten" nunmehr im Deutschen Opernhaus bereitete Aufführung hatte Sorgfalt zur Voraussetzung. Striche wurden wieder aufgemacht, anderes straffer geschürzt. Dazu traten vorzügliche Dekorationen und eine glückliche Besetzung. Laubenthal als Raoul bedeutet einen trefflichen Gewinn, zumal in gesanglicher Beziehung. Rosalda Salvatini entfaltete als Valentine gemeinsam mit ihm in der großen Liebesszene des vierten Aktes Dank leidenschaftlicher Drangabe ihrer sinnlichen und darstellerischen Mittel den Gipfelpunkt ihrer künstlerischen Leistung. Gleich gut war Hertha Stolzenberg (Margarethe von Valois) und Mizzi Fink (Page). Zum erstenmal in einer größeren Partie wurde H. Wucherpfennig herausgestellt: Ein Bassist mit respektabler Stimmkraft, wie reifer Technik und sympathischer Wärme des Vortrags. Sein Marcel darf sich sehen und hören lassen. Außerdem sind noch Holger Börgesen (Graf Nevers) und Franz Reisinger (Gouverneur des Louvre) lobend zu nennen. Das Orchester unter Kapellmeister Eduard Mörike spielte mit Auszeichnung.

Für die Solisten oben auf der Bühne gab es stürmische Ovationen. Man hätte gewiß weniger dagegen einzuwenden, wenn sie als Ausfluß eines wirklichen Musikverständnisses — nicht aber größtenteils als aufdringlicher Personenkult zu buchen wäre. ck.

Notizen.

— **Volksbühne.** Als nächste Erstaufführung geht „Hanneles Himmelfahrt" von Gerhart Hauptmann unter der Regie von Max Reinhardt in Szene. Die Titelrolle spielt Helene Thimig, als Lehrer Gottwald wechseln ab Alexander Moissi und Paul Hartmann.

— **Schundbücher und Papiernot.** Der „Kunstwart" schreibt neuerdings: Das sächsische Ministerium des Innern sowohl als auch das Berliner Polizeipräsidium haben bekanntlich Listen zur Warnung vor Schundliteratur zusammengestellt. Die sächsische umfaßt 185 Schundschriften, die preußischen 230. 42 der ersteren und 82 der zweiten Liste sind aus dem Hauptsitz der Schundbuchfabrikation in oder bei Dresden erschienen, wo ja auch die Max-Propaganda ihren Stützpunkt hat. So schöne Firmen, wie ein „Verlags- und Versandhaus Jungbrunnen" gibt es da. Und all diese Geschäftsleute setzen wacker weiter Hefte in die Welt. Denn:

die Verbreitung ihres amtlich als Schund anerkannten Schundes bekämpft man zwar amtlich, aber das Papier dafür bewilligt man ihnen.

Nicht etwa aus „Dummheit am grünen Tisch", sondern weil in unserer sogenannten Autokratie die gesetzlichen Handhaben dazu fehlen.

— **Die Legionen.** Henryk Sienkiewicz' nachgelassener Roman, in dem die Geschichte der unter Napoleon kämpfenden polnischen Legionen auflebt, erscheint soeben in deutscher Ausgabe bei Georg Müller in München. Er betrifft die Kämpfe der Legionen in Italien.

— **Ein großer landwirtschaftlich-statistischer Atlas**, der von Dr. F. Lange mit nicht weniger als 105 großen Karten bei Dietrich Reimer herausgegeben worden ist, hat die gewaltige Aufgabe gelöst, die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches vor dem Ausbruch des Weltkrieges vollständig darzustellen. Der erste Teil des Werkes stellt die Erzeugung der wichtigsten Länder der Erde dar, zunächst auf Weltkarten, dann in größeren Maßstäben besonders für Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen. Im zweiten Teil kommt der gesamte auswärtige Handel Deutschlands in land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Darstellung.

— **Das junge Deutschland.** Die nächste Aufführung im Rahmen der Gesellschaft „Das junge Deutschland" bringt am 17. Februar im Deutschen Theater die Tragödie „Seeschlacht" von Reinhard Goering.

Um die Ukraine in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 2. Februar. Herr Lubinsjky, Mitglied der ukrainischen Delegation, fuhr fort: Nur aus Furcht vor der Entwicklung der nationalen Revolution haben die Bolschewiki mit der ihnen angeborenen Demagogie sowohl in Rußland selbst wie hier auf der Friedenskonferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aufgestellt. Zur Bekämpfung der Durchführung dieses Prinzips in die Praxis nehmen sie ihre Zuflucht nicht nur zu den Söldnerscharen der Roten Garde, sondern sie schreiten noch zu schlimmeren und unzuverlässigeren Mitteln, sie **unterdrücken die Zeitungen, jagen politische Versammlungen auseinander, verhaften und erschießen Politiker** und greifen schließlich dazu, durch vollständig falsche und tendenziöse Schilderungen die Autorität der Regierung der einen oder der anderen jungen Republik zu untergraben. Bekannte Sozialisten und alte Revolutionäre werden von ihnen beschuldigt, als wären sie Bourgeois und Gegenrevolutionäre.

Die ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern haben es unter dem Schutze der aus ihren Reihen hervorgegangenen ukrainischen Intelligenz nicht nur verstanden, sich selbst zu organisieren, sondern sie haben auch noch alle Bevölkerungsgruppen nicht ukrainischer Herkunft, welche auf ukrainischem Boden leben, mit herangezogen. Als Ergebnis dieser Arbeit, die durch die langjährigen Bemühungen der ukrainischen Politiker vorbereitet war und als Produkt der ukrainischen revolutionären Schaffenskraft ist die ukrainische Rada entstanden, die sich aus den Vertretern der ukrainischen Soldaten, Bauern und Arbeiter zusammensetzt.

Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung ganz Rußlands, die Ende November vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiete der Ukraine zu einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada und zum Siege der darin organisierten Parteien, indem von den ukrainischen Kandidaten über 75 Proz. gewählt worden sind, während die anderen Parteien, die in der Zentralrada vertreten sind, etwa 15 Proz., die Bolschewiki sogar weniger als 10 Proz. erzielt haben.

Jetzt hat die Petersburger Regierung beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen. Sie hat am 2. Dezember in Kiew unter dem schweigenden Einverständnis der Zentralrada den ukrainischen Kongreß der Bauern und Soldaten einberufen. Auf dem Kongreß trafen über 2000 Delegierte ein, und entgegen den Hoffnungen der Einberufer begannen sie ihre Sitzungen mit **lauten Ovationen für die Kiewer Zentralrada** und deren Vorsitzenden, Herrn Professor Gruszewski, und haben der Zentralrada mit überwältigender Mehrheit ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Nach diesen Vorgängen ist eine kleine Gruppe von Bolschewiki, etwa 80 Mann, von diesem Kongreß entflohen, ist nach Charkow übersiedelt und hat sich als neue Regierung der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Nachkommen und die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Frontlinie stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns Recht hat und wer die Schuld hat, wer Sozialist ist und wer Gegenrevolutionär, wer schafft und wer das Geschaffene zerstört.

Anerkennung der Zentralrada durch die Mittelmächte.

Hierauf gab der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation, Graf Czernin, im Namen der Delegationen folgende Erklärung ab:

„Im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte beehre ich mich, zu der abgegebenen Erklärung der ukrainischen Delegation folgendes auszuführen: Wie bekannt, hat der Vorsitzende der ukrainischen Delegation, Staatssekretär Holubowitsch, in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 erklärt, die ukrainische Volksrepublik nehme, fußend auf dem 3. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917 „ihre internationale Existenz wieder auf" und trete „im vollen Umfange der ihr auf diesem Gebiet zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein". Mit Rücksicht hierauf halte es die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, „auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen". Hierauf habe ich in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der vier verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an."

Im Hinblick auf die veränderte Stellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und aktiviert werden könnten, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland formell bestätigt seien, geben die Delegationen der vier verbündeten Mächte angesichts des eben dargelegten Standpunktes der Delegation des Kiewer Volksministerrates folgende Erklärung ab:

„Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängigen, freien, souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen."

Gegenerklärung Trotzkis.

Herr Trotzki bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert und müsse darauf hinweisen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen werde, die geographischen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Bei Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Die Bildung einer Sowjetarmee.

Einsetzung eines Konvents.

Die Organisation eines bolschewistischen Revolutionsheeres, der schon vor einigen Wochen durch Aufrufe Krylenkos vorgearbeitet wurde, ist nunmehr in aller Form in die Wege geleitet worden. Laut Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der Rat der Volkskommissare die Bildung einer Roten Armee angeordnet. Wie die Agentur wissen läßt, wird diese Armee als Wall der Macht der Sowjets und im gegebenen Augenblicke als sichere Grundlage für die Ersetzung der regulären Armee dienen. Sie wird aus den zuverlässigsten Elementen der Arbeitermassen gebildet. Der Eintritt in ihre Reihen steht allen Bürgern der russischen Republik frei, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben. Jedes Mitglied muß bereit sein, seine Kräfte und sein Leben für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, der Macht der Sowjets und des Sozialismus zu opfern. Zum Eintritt in die Rote Armee ist es erforderlich, eine Empfehlung der Armeekomitees, der demokratischen Organisationen, die die Leitsätze der Sowjets anerkennen, der Berufs- oder politischen Organisationen oder wenigstens zweier Mitglieder derartiger Organisationen vorzuweisen. Die Soldaten der Roten Armee der Bauern und Arbeiter werden vollkommen vom Staat unterhalten und erhalten außerdem 50 Rubel.

Oberstes Verwaltungsorgan der Roten Armee sind die Volkskommissare. Der unmittelbare Oberbefehl und die Verwaltung der Armee sind beim Kriegskommissariat in einen Sonderrat zusammengefaßt, der aus Delegierten ganz Rußlands zusammengesetzt wird. Er besteht aus folgenden Abteilungen: 1. Organisation und Werbung, 2. Einrichtung und Unterricht, 3. Mobilisierung, 4. Bewaffnung, 5. Ausrüstung, 6. Transport, 7. Sanitätsdienst, 8. Finanzen. Am 29. Januar erfolgte die vorläufige Anweisung von 20 Millionen Rubel an den Rat des Kriegskommissariats zur Verfügung der örtlichen Verteidigungsorganisationen für die zur Organisierung der Roten Armee, für ihre Zentralverwaltung, für die Ausrüstung der Soldaten und den Unterhalt der Familien notwendigen Ausgaben.

Noch eine zweite Organisationsmaßnahme, die der seit Sprengung der Konstituante geschaffenen neuen Lage sich anschließt, wird gemeldet. Sie entspricht der Schaffung einer Revolutionsarmee der Sowjets. Die Baseler Neue Korrespondenz berichtet aus Petersburg: Ein Zentralausschuß von 600 Mitgliedern soll in zwei bis drei Tagen innerhalb der maximalistischen Partei gebildet werden und im Taurischen Palast unter dem Namen Konvent tagen. Die Regierung hat diese Maßnahme getroffen, um den Vorwürfen zu begegnen, die auf dem Generalkongreß der Sowjets von den Anhängern der Internationalisten den Volkskommissären gemacht wurden; es war der maximalistischen Regierung vorgeworfen worden, sie übe eine Diktatur aus.

•

Die polnischen Regimenter gegen Smolensk.

Petersburg, 2. Februar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Der Vollzugsausschuß der Regierung in Mohilew meldet: 25 000 Mann starke von Generalen befehligte polnische Legionen befehlen Rogatschew, lösten den Sowjet auf, verhafteten den vom Bauernrat ernannten Kommissar und marschierten in der Richtung auf Smolensk. Diese Unternehmungen sind eine Folge der Erklärung des Kriegszustandes der polnischen Legionen an die Bolschewiki. Als Vergeltungsmaßregeln wurden verschiedene hervorragende Persönlichkeiten und Angehörige der Kadettenpartei oder der polnischen Bourgeoisie, darunter vor allem Fürst Sviatopolk Mirski, verhaftet.

Die Bolschewiki in der Ukraine.

Kiew, Orenburg, Jekaterinoslaw, Odessa in Händen der Bolschewiki.

Basel, 1. Februar. Nach einem Petersburger Havasbericht berichtet „Rjetsch", daß Kiew am Mittwoch in die Hände der Bolschewiki gefallen sei.

Petersburg, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) **Sowjettruppen haben Orenburg genommen.** Die Kosaken unter Dutow sind geflohen.

Dutow war geschlagen worden. Die Einnahme der wichtigen Stadt Orenburg, an der Pforte vom europäischen zum asiatischen Rußland, wurde tags zuvor als bevorstehend gemeldet. Im gleichen Telegramm teilte die Petersburger Telegraphen-Agentur aus Sebastopol mit: Die Städte Kertsch, Theodosia und Jalta sind in die Hände der Sowjettruppen gefallen.

Kiew, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die **ukrainischen Regimenter** Schewtschenko und Bogdan Georgiewski haben sich mit der gesamten Artillerieausrüstung den **Sowjettruppen angeschlossen.** Das Arsenal ist genommen. Die übrigen Regimenter der Garnison weigern sich, gegen die Sowjets zu kämpfen. Die Sowjettruppen von Samara haben den Bahnhof Syrt genommen, indem sie sich Kadgantz, der letzten Station von Orenburg näherten.

Die Kosaken Dutows weichen in Auflösung zurück und werfen alle ihre Waffen weg. Neue Verstärkungen, gebildet aus Infanterie- und Artillerieeinheiten, kommen den Sowjetstreitkräften zu Hilfe. Bei Orenburg verfügen die gegenrevolutionären Truppen über erstickende Gase und Explosivgeschosse.

Petersburg, 2. Februar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Depesche aus Odessa in den bolschewistischen Zeitungen meldet, daß die Macht in der Nacht zum 25. Januar nach einem Straßenkampf, an dem sich Artillerie und im Hafen ankernde Kriegsschiffe beteiligten, in die Hände des revolutionären Ausschusses übergegangen ist.

Stockholm, 3. Februar. Antonow meldet: **Jekaterinoslaw** ist von unseren Truppen besetzt. Unsere Vorhuten marschieren in **Alexandrowsk** ein. Schickt uns sofort wenigstens zwei Lettenregimenter. Moskau hat uns Hilfe versprochen, hat aber nur ein Sechstel der versprochenen Kräfte geschickt. Der Kampf mit Kaledin ist sehr schwer — er verfügt über zahlreiche Funker und Offiziere. Die Ukrainer machen keine Gefangene, die Leute werden einfach niedergeschossen.

•

Stockholm, 2. Februar. Die Zeitung „Lutsch" berichtet aus Novotscherkask, daß der Zwist zwischen Kaledin und dem General Alexejew, der sich auch in Novotscherkask aufhält, immer größer wird. Kaledin steht auf dem Standpunkt, daß die Politik der Bolschewiki nur insoweit bekämpft werden muß, als sie dem Dongebiet einen direkten Schaden bringt. Alexejew dagegen möchte am Don das Zentrum aller gegen die Bolschewiki gerichteten Kämpfe gründen und sammelt ein besonderes Offizierkorps, dem schon 25 000 Offiziere aus allen Teilen Rußlands zuströmen. Größere Kräfte sammelt auch der frühere Kriegsminister Sawinkow. Der General Kornilow spielt dabei keine Rolle, die sich um ihn gruppierenden Generäle Lukomski, Denekin, Erdelli und Markow nützen aber seinen Namen aus, um die Position des Generals Alexejew zu stärken. Die Kosakenregierung steht den Plänen des Generals Alexejew skeptisch gegenüber.

Ausstandsbewegung in Frankreich.

Unterdrückung des Versammlungsrechts.

Genf, 3. Februar. Hervé spielt in der „Victoire" auf einen Riesenausstand an, von dem zu sprechen die Zensur verboten habe. Die Regierung hatte einen Führer der Syndikalisten militärisch eingezogen und um dessen Agitationstätigkeit zu verhindern an die Front geschickt. Die Arbeiter antworteten mit einem Ausstand, der solchen Umfang annahm, daß Clemenceau mit den Ausständischen verhandeln und ihnen nachgeben mußte.

Genf, 3. Februar. Die sozialistische Fraktion der Kammer hatte gestern eine neue Aussprache über die von der Regierung Clemenceau neuerdings rücksichtslos durchgeführte Unterdrückung des Versammlungsrechts. Den Abgeordneten Cachin und Pressemane haben es die Behörden sogar unmöglich gemacht, ihren Wählern Bericht über die Tätigkeit im Parlament zu erstatten. Die Fraktion hat beschlossen, zunächst auf eine Interpellation zu verzichten, aber eine Abordnung an Clemenceau zu schicken.

Der Bombenprozeß in Christiania.

Kristiania, 2. Februar. In dem heute abgeschlossenen Bombenprozeß sind alle Angeklagten wegen Spionage nach dem Gesetz von 1914 verurteilt worden. Persson, Sandvik und Sandström auch wegen Anschaffung von Sprengstoffen zur Verursachung von Seeschaden, Sandvik und Sandström ferner wegen Beschaffung falscher Arbeitsbücher. Es wurde folgendes Urteil gefällt: Persson 6 Jahre, Pesonen 2, Wirtanen 2½, Sandvik und Sandström je 4½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Vernunft fängt wieder an zu sprechen.

Wirtschaftsverträge besser als Annexionen.

Der Deutsch-Russische Wirtschaftsausschuß hat nach einem Vortrag von Prof. Otto Hoetsch am Freitag eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Neuordnung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens von größter Bedeutung, besonders da mit Abschließungsbestrebungen unserer anderen Gegner auch nach dem Kriege gerechnet werden muß und die Wiederanknüpfung unserer überseeischen Beziehungen durch den Mangel an Schiffsraum und durch die systematische Raubpolitik Englands erschwert ist.

Die Neuordnung muß unter Wahrung der Eigeninteressen Deutschlands so angestrebt werden, daß sie die Gewähr eines dauernden ersprießlichen Wirtschaftsfriedens in sich trägt. Das gleiche gilt für die etwa von Rußland sich ablösenden Teile. **Insbesondere darf eine solche Loslösung nicht zu einer Erschwerung des deutsch-russischen Handels führen.**

Der Rahmen ist durch die Verbindung der **unbedingten Meistbegünstigung** mit einem Handels- und Tarifvertrag gegeben.

Hier bricht sich die simple Wahrheit Bahn, daß Ländergewinn, verbunden mit einer Schädigung der wirtschaftlichen Beziehungen zum riesigen Gesamt-Rußland, nicht Gewinn, sondern Verlust wäre.

Reichstagswahl Niederbarnim: 14. März.

Der Regierungspräsident in Potsdam hat die durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl im Kreise Niederbarnim auf

Donnerstag, den 14. März

festgesetzt. Die Auslegung der Wählerlisten hat am Dienstag, den 12. Februar, zu beginnen. Zum Wahlkommissar wurde der kommissarische Landrat von Niederbarnim, Herr v. Bredow, ernannt.

Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist bekanntlich der Arbeitersekretär Genosse Rudolf Wissell. Die Unabhängigen haben ihm einen Gegenkandidaten in der Person des Schriftstellers Dr. Rudolf Breitscheid entgegengestellt.

Kapp in den Reichstag gewählt.

Pillkallen, 2. Februar. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Ragnit-Pillkallen an Stelle des verstorbenen konservativen Abgeordneten Gottschall-Sauerwalde war bis 11 Uhr abends das Ergebnis aus 212 von insgesamt 242 Wahlbezirken bekannt. Es wurden von 11 687 Wahlberechtigten 4646 gültige Stimmen abgegeben, davon für General-Landschaftsdirektor Kapp (Kons.) 4545, zersplittert 100 Stimmen. Die Wahl vollzog sich im Zeichen des Burgfriedens.

Material für Herrn v. Waldow.

Wie die Gruppenverteilungsstellen der Z. E. G. Höchstpreise überschreiten.

Auf den Kriegsbauten in Troisdorf und Siegburg wurde im Januar an die Bauarbeiter Schweinefleisch abgegeben. Die Belieferung der Betriebe erfolgte durch die von der Z. E. G. eingerichteten Gruppenverteilungsstellen Sieg I und Sieg II. Das Schweinefleisch wurde den Bauarbeitern zum Preise von 7 M. **für 450 Gramm angeboten.** Als ein Teil zu diesen Preisen nicht kaufen wollte, wurde ihnen damit gedroht, daß sie alsdann künftig von der Z. E. G. bzw. deren Gruppenverteilungsstellen auch andere Lebensmittel nicht mehr erhalten würden, oder es würde der durch die Nichtabnahme entstehende Verlust auf etwa später zugewiesene Lebensmittel angerechnet werden. — Dies Verfahren scheint tatsächlich bereits angewandt worden zu sein, denn am 18. Januar hat die Gruppenverteilungsstelle Sieg I in Troisdorf der Lebensmittelverteilungsstelle für die Baubetriebe in Troisdorf mitgeteilt, daß sie Bohnenmehl aus Amsterdam ohne jede Gewähr für Qualität gegen einen Preis von 8 M. **pro Pfund** zu liefern bereit sei. — Ferner können wir Herrn v. Waldow noch mitteilen, daß die Königlichen Werke in Siegburg am 11. und 12. Januar ihren Arbeitern Speck zum Preise von 12,80 M. **pro Pfund** angeboten haben.

Es sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich hier lediglich um Staatsbetriebe handelt, deren Belieferung durch die Gruppenverteilungsstellen der unter staatlicher Kontrolle stehenden Z. E. G. erfolgt.

Letzte Nachrichten.

Die Berliner Konferenz.

Berlin, 3. Februar. (W. T. B.) **Zur Teilnahme an einer Beratung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiete Deutschlands und Oesterreich-Ungarns werden, wie wir erfahren, morgen der Staatssekretär von Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Ludendorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, wird zu der Besprechung in Berlin erwartet.**

Streik-Ende und Versammlung in Mannheim.

Mannheim, 2. Februar. (Eig. Telegr.-Bericht d. „Vorw.".) Die seit Mittwoch im Streik befindlichen Arbeiter der Rüstungsindustrie beschlossen heute mit Zweidrittelmehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag. Die Bewegung verlief ohne jede Störung unter völliger Vermeidung von Parteidifferenzen. Montag abend findet eine Versammlung statt, in der Abg. Genosse Oskar Geck spricht.

Groß-Berlin

Die Verteuerung des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs.

Der Bezirkseisenbahnrat stimmte dieser Tage der Vorlage der Eisenbahndirektion Berlin über die Tariferhöhungen und den seit dem ersten Entwurf vorgenommenen Veränderungen zu. Die erhöhten Fahrpreise werden am 1. April in Kraft treten.

Während die Fahrpreiserhöhungen für den Vorortverkehr nach dem Entwurf der Eisenbahndirektion unverändert bleiben (bis 5 Kilometer 3. Klasse 15 Pf., 2. Klasse 20 Pf.), wird für den Stadt- und Ringbahnverkehr statt des ursprünglich vorgeschlagenen Zweizonentarifs folgender Dreizonentarif eingeführt werden: 1. Zone (bis zur 5. Station) 2. Klasse 20 Pf., 3. Klasse 15 Pf., 2. Zone (bis zur 8. Station) 30 bzw. 20 Pf., 3. Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) 40 bzw. 25 Pf. — Dementsprechend erfahren auch die Preise für die Monatskarten folgende Abstufung: 1. Zone (bis zur 5. Station) 2. Klasse 6 M., 3. Klasse 4 M., 2. Zone (bis zur 8. Station) 8 bzw. 5,50 M., 3. Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) 10 bzw. 7 M. — Die Arbeiterwochenkarten für die Stadt- und Ringbahn werden nicht mehr für die einzelnen Stationen ausgegeben, sondern in 4 Zonen eingeteilt. Die billigste kostet dann 60 Pf. und gilt bis zur 5. Station, für Fahrten bis zur 7. Station werden 80 Pf., bis zur 10. Station 1 M. und auf der ganzen Stadt- und Ringbahn 1,20 M. für die Wochenkarte erhoben. — Schülerzeitkarten kosten in der 1. Zone (bis zur 5. Station) 1,50 M. (3. Klasse), 2,30 M. (2. Klasse), in der 2. Zone (bis zur 8. Station) 2 bzw. 3 M. und in der 3. Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) 2,50 bzw. 3,80 M.

Fahrpreisermäßigung für Laubenkolonisten.

Die Betriebsabteilung der Militär-Eisenbahn wird vom 1. März ab bis auf weiteres, jedoch längstens für die Dauer des Krieges, für Fahrten von dem Wohnorte nach dem Laubengelände und zurück eine Fahrpreisermäßigung nach den Stationen Mahlow, Rangsdorf, Zossen, Mellen-Saalow, Rehagen-Klausdorf und Sperenberg der Militär-Eisenbahn unter denselben Voraussetzungen und Bedingungen zur Ausführung bringen, wie sie die Königliche Eisenbahn-Direktion Berlin auf ihren Strecken gewährt.

Die Arbeiterfahrkarten (Rückfahrt- und Wochenkarten) werden von den Fahrkartenausgaben der Militär-Eisenbahn nur auf Grund von besonderen Ausweiskarten verabfolgt. Die Ausweiskarten werden von der Betriebsabteilung ausgestellt; sie lauten auf den Namen und für eine bestimmte Strecke und sind von den Berechtigten eigenhändig zu unterschreiben.

Zur Erlangung der Ausweiskarte bedarf es eines Antrages des Haushaltungsvorstandes an die Betriebsabteilung der Militär-Eisenbahn. Vordrucke zu den Anträgen werden von dem Betriebsbureau der Königlichen Militär-Eisenbahn in Berlin-Schöneberg, Kolonnenstraße 31 (Bahnhofsgebäude 1 Treppe, Zimmer 14) werktäglich während der Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags unentgeltlich verabfolgt oder auf Ansuchen mit der Post zugesandt.

Traut die Polizei nur ihren Augen?

Zu der Mitteilung, die wir mit dieser Ueberschrift in Nr. 29 veröffentlichten, haben wir eine überraschend große Zahl Zuschriften erhalten. Alle Einsender und Einsenderinnen erklären, daß auch sie bei Abhebung von Renten oder Unterstützungen eine Lebensbescheinigung beibringen mußten und zu deren Ausfertigung sich samt ihren Kindern auf dem Polizeibureau vorzustellen hatten. Die Forderung, daß die Unterstützungsempfänger sich dort in Person einfinden, scheint also nicht auf dem Mißverständnis eines einzelnen Beamten, sondern auf einer allen Polizeibureaus gegebenen Anweisung zu beruhen. Mehrere der uns zugegangenen Briefe schildern unter bitteren Klagen, wie sehr der Zwang einer allmonatlich sich wiederholenden persönlichen Vorstellung die Unterstützungsempfänger belästigt. „Und wenn Sie acht Kinder hätten, so müßten Sie sie alle mitbringen!" mußte eine Kriegerfrau sich von einem Polizeibeamten sagen lassen. Ein Kriegsbeschädigter, der eine Beinverletzung erlitten hat, erreichte durch Beschwerde, daß zur Ausfertigung der Lebensbescheinigung ein Polizeibeamter zu ihm in die Wohnung kam. Eine Kriegerwitwe, die nur zwei ihrer drei Kinder auf dem Polizeibureau vorstellte, weil das dritte krank war, erhielt zunächst nur für sich und die beiden die Lebensbescheinigung. Für das dritte Kind wurde die Bescheinigung, daß es noch am Leben war, von der Polizei erst ausgefertigt, nachdem ein Beamter es in der Wohnung aufgesucht und besichtigt hatte. Mit Recht heben einige der Zuschriften hervor, wie gefährlich der Zwang zu persönlicher Vorstellung den ganz kleinen Kindern werden kann, wenn sie bei rauher Witterung zur Polizei geschleppt werden müssen. Auch darüber wird geklagt, daß manchmal Frauen, die in entlegenen Vororten arbeiten, ihre Arbeitszeit abkürzen müssen und Lohn verlieren, wenn sie mit ihren Kindern noch bis 6 Uhr abends auf dem Polizeibureau eintreffen wollen. Eine Kriegerfrau gestattete sich bei der Polizei den Einwand, daß sie früher auf einem andern Polizeibureau die Kinder nicht mitzubringen brauchte. Der Beamte erwiderte: „Schlimm genug, wenn der Wachtmeister Ihnen das geglaubt hat! Bei mir gibt es so was nicht." Wir antworten: Schlimm genug, daß es solche Scherereien gibt, die ganz überflüssig sind! Und wir wiederholen: Schleunigste Beseitigung ist dringend nötig.

Brotration für Schwerstarbeiter in Lungenheilstätten.

Das Kriegsernährungsamt hat folgende Anordnung erlassen: Nach den Grundsätzen des Kriegsernährungsamtes erhalten Lungenkranke in Heilstätten eine Brotration von 2 Kilogramm wöchentlich. Diese Wochenkopfration ist um 1 Kilogramm geringer als die Ration, die den Schwerstarbeitern zugestanden ist. Ihre Durchführung bedeutet aber für alle Schwerstarbeiter, die in Lungenheilstätten aufgenommen werden, in der Brotversorgung eine Verschlechterung, die von Kranken sehr stark empfunden wird und in der Regel eine Verstimmung veranlaßt, die nicht nur dem Kurerfolg dieser Kranken abträglich ist, sondern auch vielfach in einer recht unliebsamen und den Heilzweck der Anstalten sehr ungünstigen Einwirkung auf andere Pfleglinge geltend wirkt.

Um diesen Schäden, die nach Mitteilung von zuständiger Seite so beträchtlich sind, daß sie berücksichtigt werden müssen, grundsätzlich abzuhelfen, sollen nunmehr nach Anordnung des Kriegsernährungsamtes an Schwerstarbeiter, die in Lungenheilstätten oder in ähnlichen Anstalten aufgenommen werden, von den heimatlichen Versorgungsstellen für jede Woche der Verpflegung in der Anstalt Reichsbrotmarken für eine Brotmenge von 1000 Gramm überwiesen werden.

Ehrenpflicht jedes Arbeiters

ist es,

gerade jetzt

seinen **offenen Beitritt zu der Partei** zu erklären, der er innerlich bereits angehört!

Den nachstehenden Schein sende man ausgefüllt an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Name: ....

Beruf: ....

Genaue Adresse: ....

Keine zwangsweise Zusammenlegung der Schuhgeschäfte.

Der Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels hat, wie der „Schuhmarkt" meldet, von der Zusammenlegung der Schuhgeschäfte oder, richtiger gesagt, der Nichtbelieferung von Schuhgeschäften Abstand genommen. Schon in den nächsten Tagen werden den Gesellschaftern der Schuhhandelsgesellschaften Fragebogen übersandt, die vier verschiedene Vorschläge enthalten, unter denen sie die Wahl treffen können. Es würde sich dann um freiwillige Maßnahmen des Schuhhandels handeln, u. a. Verzicht auf Zuteilung gegen eine bestimmte Entschädigung; Lieferung von Schuhwaren nur alle drei Monate; gemeinschaftlicher Bezug und Verkauf von Waren an einem Ort durch mehrere Schuhhändler und Verkauf des Bezugsrechts an einen anderen Schuhhändler nach Genehmigung des Hauptverteilungsausschusses.

Raubmord. Im Keller des Vorderhauses Friedrichsgracht 52 ist der Schuhmachermeister Reichardt ermordet worden. Er wurde mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Am Sonnabendabend ging Reichardts Geselle um 8 Uhr weg und Reichardt blieb wie gewöhnlich länger. Gegen 9½ Uhr besuchte ihn eine Verkäuferin Lilli Bähren, die seit 20 Jahren seine Kundin ist, um ausgebesserte Sachen abzuholen. Der alte Reichardt sagte: „Es ist gut, daß Du kommst. Du kannst mir aus der Wirtschaft wohl etwas Essen holen. Es sind eben ein paar Laufejungen hier gewesen, denen ich Geld gegeben habe.' Sie wollten wiederkommen, sind aber ausgeblieben." Fräulein Bähren holte aus einer Schankwirtschaft Essen und Bier. Sie blieb nur etwa 8 bis 10 Minuten aus. Als sie zurückkehrte, wunderte sie sich, daß die Tür des Kellers geschlossen war. Sie rüttelte daran und merkte, daß sie von innen zugebunden war. Als sie mit dem Fuß gegen die Tür stieß, wurde sie von innen geöffnet und ein fremder Mann wurde sichtbar. Fräulein Bähren erschrak und lief die Treppe hinauf. Der Fremde kam an ihr vorbei, schob sie etwas auf die Seite und ging davon. Ihm folgte ein zweiter Mann. Diesen fragte die Verkäuferin nach Reichardt. Er erwiderte: „Ach lassen Sie man, der alte Mann schläft!" Dann schlug der Fremde den Kragen hoch und ging weiter. Die Verkäuferin ging jetzt in den Keller und sah Reichardt zwischen Kochmaschine und Sofa auf dem Rücken in einer großen Blutlache daliegen. Sie schlug Lärm und bald erschien die Polizei. Ermittelt ist, daß bei dem alten Meister wiederholt im Keller als auch in der Wohnung eingebrochen wurde. Die Diebe stahlen dabei Stiefel, Leder, Abfälle usw. Die Raubmörder werden unter diesen Einbrechern oder auch unter den Leuten zu suchen sein, die Reichardt vielleicht gestohlenes oder von Einbrechern erworbenes Leder lieferten und die wußten, daß er Geld besaß, weil er viel Arbeit hatte und sehr hohe Preise nahm.

Die Beschreibung der entkommenen Täter lautet: Der erste Mann, der aus dem Keller kam, kann etwa 20 bis 28 Jahre alt sein. Er ist mittelgroß, etwa 1,65 bis 1,70 Meter, hat ein volles breites Gesicht und dunkles Haar und trug einen dunklen Ueberzieher und wahrscheinlich einen steifen Hut. Er machte den Eindruck eines besseren Handwerkers und trug in der linken Hand einen flachen Pappkarton, wie sie in Konfektionsgeschäften zum Einpacken von Anzügen verwendet werden. Der zweite Mann ist etwas jünger und etwas kleiner als der erste und trug einen braunen Ueberzieher und einen schwarzen, steifen Hut. Beide sind wahrscheinlich bartlos, doch kann das nicht bestimmt gesagt werden.

Noch ein Lokal geschlossen. Das Schanklokal des Genossen Ferdinand Ewald, Schönleinstraße 6, ist von der Polizei mit der Begründung geschlossen worden, daß es den Ausständigen als Stützpunkt diene.

Charlottenburg. Oeffentliche Mahnung an säumige Steuerzahler. Eine für die Steuerzahler Groß-Berlins sehr wichtige Neuerung wird demnächst in Kraft treten. Mit Zustimmung der zuständigen Minister wird die Mahnung zur Zahlung direkter Staats- und Gemeindesteuern, die für das Verwaltungsverfahren vorgeschrieben ist, in Zukunft nicht mehr durch Uebersendung von Mahnzetteln, sondern durch allgemeine öffentliche Mahnung ohne Namensnennung der Zahlungspflichtigen erfolgen. Diese Neuerung tritt in Charlottenburg bereits mit der Steuererhebung des 4. Vierteljahres, d. h. am 15. Februar, in Kraft. Wie wir hören, wird diese Neuerung, mit welcher eine sehr erhebliche Vereinfachung des Geschäftsverfahrens und vor allem eine große Ersparnis an Papier, Druck und Arbeit für die Gemeindebehörden und die Post verbunden ist, auch in anderen Groß-Berliner Gemeinden eingeführt werden. Die besonderen Mahnzettel werden also fortfallen.

Marienfelde. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung die Verhandlungen wegen der Schaffung eines Gemeindeparks, die seit mehreren Jahren schwebten, zu Ende geführt und zu diesem Zweck beschlossen, das große Wilkensche Grundstück, den sogenannten Horstenstein, zu erwerben. Hierfür wurden zunächst 400 000 M. bewilligt. Mit der Umwandlung des Geländes und der Anlage des Parks kann erst zu gelegener Zeit begonnen werden. Einem Antrage der Lehrer an den höheren Schulen und der Gemeindebeamten auf Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage nach den staatlichen Sätzen wurde entsprochen.

Adlershof. Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit dem Plan, im Zuge des Altglienicker Weges eine Industriebahn anzulegen, die das ganze Industriegelände von Adlershof erschließen und mit einer unmittelbaren Gleisverbindung mit dem Görlitzer Bahnhof versehen würde. Die Gemeindevertretung stimmte dem Plan zu. Wegen der Kostendeckung und der Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schweben noch Verhandlungen; es besteht die Aussicht, daß eine Fabrik, die besonders an der Industriebahn beteiligt ist, die Kosten für den Bahnbau übernimmt. Ferner stimmte die Gemeindevertretung nach dringlicher Beratung dem Antrag der Flugzeugmeisterei auf Güterbeförderung mit der Straßenbahn (Berliner Ostbahnen) zu. Nach der Herstellung von Gleisverbindungen mit der Cöpenicker städtischen Straßenbahn und neuen Gleisen zum Flugplatz in Adlershof sollen die für den Flugplatz bestimmten Güter durch die Wagen der Berliner Ostbahnen vom Schlesischen Bahnhof unmittelbar herangeführt werden. Wegen der endgültigen Regelung der Explosionsschäden stellte die Gemeindevertretung nochmals fest, daß das Kriegsministerium und die Gemeinde bereit sind, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschließen. Auf Drängen der Gemeinde hat sich die Firma Kahlbaum jetzt bereiterklärt, ihrerseits die letzten Hindernisse zu beseitigen und weitere 150 000 Mark zur Entschädigung sofort auszuzahlen.

Nowawes. Lebensmittel. Auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarte entfällt 1 Pfund Marmelade zum Preise von 90 Pf. Die Karteninhaber können die Marmelade beim Kleinhändler bis zum 6. Februar in Empfang nehmen.

Auf Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte werden Sardinen in Brühe und Oel abgegeben. Der Preis für 1 Dose Sardinen ist auf 1,50 M. festgesetzt. Auf je 2 Kartenabschnitte entfällt 1 Dose Sardinen, die bis zum 6. Februar abgenommen sein muß.

Wetterbericht bis Dienstag mittag. Zunächst noch trocken und ziemlich heiter, gelinder Frost, später ostwärts fortschreitende Zunahme der Bewölkung und langsame Erwärmung.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Admiralspalast
7½ Uhr:
Deutsche Tänze von Schubert.
Abrakadabra.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez.: chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Zigaretten
1000 IC . . 42 M.
1000 ID . . 61—62 M.
1000 IF . . 80—82 M.
Zigaretten sind in groß. Post nur a. Verbrauch. u. Restaurt. abzugeb.
Zigarren 100 Stück 35.— M. an.
Versand u. Verkauf nur sortiert v. 500 Stück an gegen Nachnahme oder Voreinsendung. 1482*
Fredy
Zigaretten-Vertrieb Norden
Berlin N. Brunnenstr. 17.
Fernruf Amt Norden 2848.
Geöffnet ununterbr. Wochentags von 9-7, Sonntags von 12-2 Uhr.

Für die Soldatenkinder!
Zieh. 16. Februar Kinderheim-Lotterie
Gesamtw. d. Gew. M.
100 000
50 000
10 000
usw.
Lose M. 3.— Porto u. Liste 45 Pf. außerd.
Zieh. 28. Februar Kriegerheim-Lotterie
Gesamtw. d. Gew. M.
25 000
10 000
5000
usw.
Lose M. 1.— Porto u. Liste 35 Pf. außerd.
3 Kinderheim- und 6 Kriegerheim-Lose Mk. 15.50 einschl. Postgebühr und 2 Listen.
Gustav Haase Nchfg. (Inh. K. Schwarz),
Berlin NO 43, Neue Königstr. 88 u. SO 16, Neanderstr. 36

Inventur-Gelegenheit
Möbel-Verkauf.
Erstklassige Speise- und Schlafzimmer.
Inventur-Nachlaß 5 Proz. 1672*
Möbelfabrik Siebeky, Gneisenaustr. 93/94.

Spezial-Arzt f. Geschlechtskrankheiten Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen Institute:
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechstunden ½12—2, ½6—½10 Uhr abends. Sonntags ½11—1 Uhr.
Aufklärende 48 S. starke Broschüre 30 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert
Dr. med. Karl Reinhardt.

Ein unentbehrl. Werk für Harmonium
In mehr als 30 000 Exempl. verbr. Bestes Werk seiner Art.
Prakt. Schule für Harmonium.
Universal-Harmoniumschule für alle Systeme. Erste Schule für das einheitliche oder Normal-Harmonium von
Hermann Protze. 16880*
Gr. Ausg. 214 S. M. 7.20. Volksausg. 142 S. M. 4.80.
Ausführl. Lehrgang von den ersten Anfängen bis zur vollen Ausbildung. Beste Methode zum Selbstunterricht. Große Auswahl von Uebungs- und Vortragsstücken.
Zu beziehen durch alle Musikalien-Handlungen und vom
Triumph-Verlag G. m. b. H.,
Berlin SW 61 Waterloo-Ufer 19. Moritzpl. 11418.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung, bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez.: Zähne ohne Gaumenpl. Zahnpraxis Halvani, Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden. Schwäche Erprobteste Methoden Ehrlich-Hata-Kuren. Harn- u. Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Hämorrhoiden-Mittel, 1000fach bewährt M. 5.50 u. 9.00; Prosp. frei.
Apoth. Lauensteins Versand, Spremberg L. 44.

Hautjucken
(Krätze (wirksames Spezialmittel
6 M. Dopp.-Portionen (2 Pers.) 10 M.
Apoth. Lauensteins Vers. Spremberg L. 44

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichst. 125 (Oranienb. T.).
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata Kur (Dauer 10 T.). Blutuntersuch. Schnelle, sichere schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 239/12* Sprechstund.: 11—1 u. 6—8.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerst. 75 II
Zentrum 1964 — 9-2 u. 3-7 geöffnet
Volle normale Beleihung Diskretion, Reellität. Gelegenheitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksachen 10—50%, unt. Ladenpr.

Uhren - Goldwaren,
Piltz & Co., Lindenstr. 109

Kaffee-Ersatz,
Auslandsware, zuckerrübenfrei, versendet per Pfund M. 3,60
Erich Seiffert.
Grünauerstraße 1.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstr. 20
zwisch. Bahnh. Alexanderplatz u. Polizeipräsid. — Amt Kat. 2308.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkass.

Der Polizeimeister. Ein russischer Polizeiroman von G. Zapolska. Preis 5 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden.

Steinmetz,
Granitschriftbauer, selbständig arbeitend, tüchtig und gewissenhaft, eventuell für hochlohnende Filiale per sofort für dauernd gesucht. 2185Q
A. Neumann & Co.,
Lichtenberg, Gubenerstr. 4.

Tüchtige
Mechaniker
auf Kinoapparate per sofort gesucht.
Karl Geyer, Maschinen- u. Apparatebau, SO., Harzerstr. 39

Einen tüchtigen, erfahrenen und fleißigen
Negativ-Entwickler
stellt ein per sofort Deutsche Bioskop Gesellschaft m. b. H., Neubabelsberg, Stahnsdorfer Str. 99-101.

Laufmädchen
für Kontor suchen per sofort
Schmey & Kühn,
Berlin, Gester Str. 5.

Lehrmädchen verlangt
Giedlers Blumenfabrik.
2004Q* Ritterstr. 86.